



Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales, Arbeitsmarkt & Gesundheit

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Jahr 2011 hat die BAG Soziales, Arbeit und Gesundheit wieder insgesamt drei Tagungen durchgeführt. Nachfolgend findet Ihr den Jahresbericht 2011.

SprecherInnen:

Bärbl Mielich
Rathausgasse 6
79292 Pfaffenweiler
☎: 07664-60419
☎: 07664-600317
✉: b.mielich@t-online.de

Willi Kulke
Niederbrodhagen 26
33613 Bielefeld
☎: 0521-130979
☎: 0172-2362478
✉: wkulke@web.de

Harald Wölter
Dahlweg 64
48153 Münster
☎: 0251-778225
☎: 0176 61234325
☎: 0211/884-2878 (d)
✉: harald.woelter@landtag.nrw.de
✉: harald.woelter@t-online.de

Jahresbericht 2011

Gliederung:

- Kurzübersicht über die Jahresplanung und Themen 2011
- Protokolle
- Jahresplanung für 2012

A. Kurzübersicht über die Jahresplanung und Themen 2011

In 2011 hat die BAG Soziales, Arbeit und Gesundheit folgende Tagungen durchgeführt:

- **Wintertagung** vom **30.-31. Januar** . (2-tätig) [Tagung 2011-I]
- **Sommertagung** vom **08-10. Juli** (3-tägig) [Tagung 2011.II]
- **Herbst- / Wintertagung** vom **08.-09. Oktober** (2-tätig) [Tagung 2011-III]

Der Tagungsort unserer Sitzungen war jeweils Berlin GRÜNE Bundesgeschäftsstelle

Themenreihe „Grüne Zukunftsstrategien“

Zu zentralen sozial- und Gesundheitspolitische Themen haben wir eine Veranstaltungsreihe vorgesehen. Zunächst sind dies folgende Schwerpunkte:

- **Quartierskonzepte**
- **Ortsnahe Gesundheitsversorgung**
- **Inklusives Gemeinwesen**

Markierungserklärung: [2011-I / 2011-II / 2011-III] zeigt die Tagung an auf der das Thema behandelt wurde
➤ Vereinbarung/Beschluss

Themenfelder

1) Themenfeld **Pflege / Themenfeld Altenpolitik:**

- ❖ **Zukunft der gemeinsamen Pflegeausbildung**
 - Bericht zur aktuellen Entwicklung und Debatte zur Grünen Positionsbestimmung bezüglich der gem. Pflegeausbildung (Alten-, Kranken- u. Kinderkrankenpflege), Aspekte: integriert od. generalistisch, Akademisierung, Modularisierung etc. [2011-I]
 - **Positionsbestimmung in Abstimmung mit BT-Fraktion** [2011-II] 2011-III]
- ❖ **. Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur:**
 - **„Quartierskonzepte: Vom Pflegeheim zum Wohnen mit Versorgungssicherheit im Quartier“**
Öffentliche Veranstaltung zur schrittweisen Umgestaltung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur. Fand im Rahmen 3-tätigen BAG-Sommertagung statt u.a. mit externen ReferentInnen von KDA (Kuratorium Deutsche Altershilfe), WohnbundBeratung, Wohnberatung, Kommunalen Projekten etc. [2011-II]
 - **Weiterführung des Themas u.a. mit BT-Fraktion und GRÜNE Alte**
- ❖ **Pflegeversicherung**
 - Novellierung SGB XI: Berichte zur aktuellen Entwicklung [2011-I]

2) Themenfeld **Gesundheit:**

- ❖ **Pharmaindustrie**
 - AMNOC und die Folgen“ Fachgespräch mit externen ReferentInnen im Rahmen der BAG-Sitzung
 - **Bericht und Beratung** 2011-III] **Fachgespräch für 2012 geplant**
- ❖ **Regionale / ortsnahe Gesundheitsplanung / Krankenhausplanung**
 - Sicherung und Weiterentwicklung der ortsnahen Gesundheitsversorgung [2011-II / 2011-III]
- ❖ **Weiterentwicklung der Krankenhausplanung** [2011-II / 2011-III]
- ❖ **Prävention**
 - Präventionsgesetz [2011-II / 2011-III] ortsnahe Prävention (im Zusammenhang mit ortsnahe Gesundheitsplanung [2011-III])
- ❖ **Aktuelle Themen zur Gesundheits- und Pflegepolitik**
 - PatientInnenschutz und unabhängige PatientInnenberatung [2011-I|2011-II]
 - Bürgerversicherung [2011-III]
 - Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen [2011-III / 2012]
 - weitere aktuelle Themen [2011-I 2011-II / 2011-III]

3) Themenfeld **Soziales**

❖ **Rente**

- Debatte um die „Rente mit 67“ im Nachgang zum Beschluss der BT-Fraktion und Parteirat [2011-I / 2011-II / 2011-III]

➤ **Formulierung weiterer Anforderungen an das Rentensicherungssystem**

❖ **Hartz IV**

- Berichte zu den Vereinbarungen des Vermittlungsausschusses (VA) [2011-I] sowie deren Umsetzung und weiterer Entwicklungen [2011-II]

❖ **Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention in Länder und Kommunen**

- Nationaler Aktionsplan, Bericht [2011-II]
- Konzept „Inklusives Gemeinwesen“ – Antrag zum weiteren Beratungsverfahren des Themas in der Partei für BDK Nov.2011 in Kiel [2011-III]

- **Zusammenarbeit mit BAG Behindertenpolitik**
- **Antrag für BDK Kiel 25.-27.11.2011 Positionen zur weiteren Arbeit Umsetzung UN-BRK**

4) Themenfeld Arbeit

❖ **Sozialer Arbeitsmarkt**

- Konzepte und Strategien für einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ [2011-II]

➤ **Debatte über Eckpunkte für Soz.Arbeitsmarkt, Dissens bei der Frage ob nur zusätzlich Arbeitsfelder oder Teil des regulären Arbeitsmarkt**

❖ **Bürgerarbeit**

- Modell „Bürgerarbeit“ [2011-II]

❖ **Mindestlohn und Leiharbeit**

- „**Gute Arbeit**“ – Sicherung angemessener Arbeitsplätze und Entlohnung kontra Leit- und Zeitarbeit [2011-III]

❖ **Reform Arbeitsmarktpolitischer Instrumente**

- Auswirkung auf die Arbeitsförderpolitik [2011-II]

5) Von der BDK an die BAG überwiesene Anträge

- Vorberatung [2011-I]
- abschließende Beratung [2011-II]

6) Wahl der BAG-SprecherInnen

Als SprecherInnen der BAG Soziales, Arbeit, Gesundheit wurden Bärbl Mielich, Willi Kulke und Harald Wölter für eine weitere Amtszeit wiedergewählt (einstimmig)

Im Folgenden geben wir einen Überblick über die behandelten Themen und Beschlüsse:

B. Protokolle

1. Jahresauftakt- Tagung 29.-30. Januar 2011

1. Begrüßung

2. Themenschwerpunkt: Pflegepolitik

Input: Anja Ludwig (Referentin Grüne Bundestagsfraktion)

a) Pflegeversicherung: Ausblick über die anstehenden Beratungen zur Pflegeversicherung

Ein eigenes Grünes Konzept ist in Vorbereitung, zunächst auf Stand der Positionen 2006 (Bürgerversicherung, Demografiereserve).

Pflege wird zu einem stark kommunal geprägten Thema (Quartierskonzepte, Selbsthilfe, Gemeinwesen). Geklärt werden muss hier noch die Situation und Entwicklung im ländlichen Raum. Die nächste BAG wird dieses Thema als Schwerpunkt bearbeiten. 3-tägige BAG, hier: Quartierskonzepte, Versorgungsformen der Zukunft.

Finanzreform:

- Bundesregierung hat noch nichts zur Novellierung der Pflege(versicherung) vorgelegt, es wird wohl in 2011 nichts mehr kommen. Man will wohl auch LT-Wahlen abwarten. CSU will keine Kapitaldeckung mehr. FDP aber weiterhin. Es ist noch kein Finanzierungskonzept bekannt, erst sollen wohl Strukturreformen angegangen werden (Pflegebedürftigkeitsbegriff, Leistungsrecht, dann Finanzen). Reform Pflegeausbildung soll vorgezogen werden.

b) Pflegebedürftigkeitsbegriff

Bericht des Beirates liegt seit zwei Jahren vor. Koalition hat aber das Konzept scheinbar noch nicht verstanden. Objektiv ist die Operationalisierung des Konzeptes in der Tat ein Problem.

Weiteres Problem sind die Schnittstellen im SGB zu Alten, Pflege.

Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs:

- ✓ seit 2 Jahren liegt Bericht des Beirats vor (Paradigmenwechsel, raus aus der Minutenpflege, fünf neue Bedarfsgrade), keiner kann aber richtig damit umgehen
- ✓ es kommt wohl nur kleines Konzept für Menschen mit Demenz
- ✓ (durchaus anerkanntes) Problem: Reformansätze sind kaum leistungsrechtlich operationalisierbar (Umsetzungsbericht war schlecht)
- ✓ von einer aktuell arbeitenden Arbeitsgruppe hört man dazu nichts
- ✓ Mitglieder der Kommission raten, Bericht nicht umzusetzen

c) Die Zukunft der Pflegeausbildung - gemeinsame Pflegeausbildung

Problemfeld: Zeitpunkt der Spezialisierung nach der gemeinsamen Ausbildungsphase

Problemfeld: Grad und Notwendigkeit der Akademisierung.

Zum aktuellen Stand das Papier von Anja Ludwig (Papier als Anlage). Generell wird ein stufenweiser Umbau angestrebt (Grün).

Reform der Pflegeausbildung: Integration kontra Spezialisierung

Problemstellungen:

- wie lange soll die generalistische Ausbildungsphase dauern? Spezialisierung (z.B im dritten Jahr)? Spezialisierung erst im Beruf?
- Verabschiedung von bisheriger spezialisierter Ausbildung bedeutet Versorgungslücken
- einheitliche Finanzierung problematisch

- „Vereinheitlichung“ der Ausbildungsstätten wäre notwendig
- Problem: Kinderpflege nimmt zahlenmäßig ab (zurückgehende Geburtenrate), muss also Kinderpflege noch integriert werden?
- Problem: Abstufung beim Gehalt (Generalisten bekommen womöglich weniger)
- Problem: Lange Generalisierungs- und Spezialisierungsphase für ältere Ein- oder Umsteiger
- Problem: Schon jetzt ausdifferenziertes Berufssystem für Gesundheitsberufe. Wo ist das Platz für Pflegegeneralisten?
- grünes Konzept: stufenweise Einführung einer weitgehenden Integration, zunächst 1,5 bis 2 Jahre integrative Ausbildung, dann Modulauswahl
- Akademisierung der Pflegeausbildung? Wenn ja: Wie ausgestalten?
- Problem: Gefahr der Dequalifizierung („Pflege am Bett“ machen dann nur noch 2jährig ausgebildete Pflegehelfer)
- Welche Funktionen sollen Pflegekräfte später haben, sollte man danach die Ausbildung abstufen? Sollte man überhaupt abstufen?
- Konzept des deutschen Bildungsrates: horizontale und vertikale Durchlässigkeit
- Pflegeassistenten sind Ländersache; Reform sollte diese mit einbeziehen (Gesetzgebungskompetenz für den Bund)

- **Nächste BAG-Sitzung, 3tägig, mittlerer Tag als Veranstaltungstag (Vorschlag: Pflege und Kommune, Quartierskonzepte, ...), weitere Beratung auch unter Einbeziehung der Debatten in den Ländern**

3. Bericht über die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zu den Hartz IV-Regelsätzen

Bericht: Fritz Kuhn, MdB, Markus Kurth MdB

Schwarz-Gelb fehlt im BR eine Stimme, deshalb wurde Vermittlungsausschuss (VA) angerufen.

Der VA hat drei Unterausschüsse gebildet:

Bildungsteilhabepaket – (Grüne Vertretung durch: Fritz Kuhn)

Regelsätze – (Markus Kurth)

Mindestlohn – (Brigitte Pothmer)

a) Bildungsteilhabepaket

Realisierung über die Kommune. (u.a. keine bundesweit vorgeschriebenen Bildungsgutscheine, Kommunen dürfen Varianten wählen), Übernahme der Ist-Kosten zuzüglich Verwaltungskosten
 Infrastrukturaufbau: Jugendsozialarbeit, u. a. auch, um das Bildungspaket effizienter zu machen. Das Paket wird eine Reihe kommunaler Investitionen und Initiativen auslösen, z. B. in Kantinen, Ganztagschulen...

Bildungspaket BuT wie es die Bundesregierung vorsieht, lehnen Grüne ab, da zu Bürokratisch –
 Grüne Forderung: Stärkung der Infrastruktur.

b) Mindestlohn

Kleine Fortschritte bei den Verhandlungen:

-beim Thema Zeitarbeit, langsame Annäherung bei Equal Pay, wahrscheinlich ein Kompromiss bei der Festlegung der Branchen (zusätzlich zu Zeitarbeit wohl noch Bildungsbranche, Sicherheitsgewerbe)

- ✓ equal pay ab wann? Wir: ab 1. Tag (evt. Probewoche berücksichtigen), FDP: ab 6 bis 12 Monaten
- ✓ FDP sperrt alles in der Nähe des Mindestlohnes, CDU/CSU weniger strikt

c) Regelsätze

Wenig Fortschritte bei den Verhandlungen: Diskussion über Methodik & Transparenz (z. T. erhebliche Mängel in der Ermittlung)

Entscheidend aus Grüner Sicht ist, ob die Regelsätze rechtskonform sind; die Verhandlung wird also nicht (direkt/„nur“) über die Höhe geführt.

Verhandlungsdilemma: Bei Ablehnung wird Grün Blockade des Bildungspaketes vorgeworfen.

Zustimmung zu einem Kompromiss, und dieser wird u. U. auch wieder vom BVG kassiert.

Grüne Forderung 420 €, vorrangig aber Transparenz und Methodik (Fachgremium zur Festlegung)

Allgemeiner Konsens: Mit „Nix“ beim Regelsatz können wir nicht kommen, selbst 5 bis 10 Euro wären viel zu gering

4. "Für eine inklusive Gesellschaft", Positionspapier der BAG Behinderte Bericht und Input: Ulrike Bürgel (BAG Behindertenpol.), Markus Kurth MdB

Ulrike Bürgel stellt das Papier vor:

- ✓ zunächst Vorstellung des Ist-Zustandes in punkto Alter, Migrationshintergrund, Beeinträchtigungen, sexuelle Orientierung, Religion, Geschlecht, soziale Herkunft, ...
- ✓ ... dann Formulierung der Forderung für inklusive Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Sozialraum,

Markus Kurth:

- ✓ Das Papier ist ein Ansatz über einen erweiterten Inklusionsbegriff. „Irgendwie wird beinahe jeder von uns irgendwie behindert.“ Das Ziel des Papiers wird durch den Berliner Wahlkampfeslogan „Eine Stadt für Alle“ anschaulich. (Also: Eine Gesellschaft für Alle!?)
- ✓ Diskussion: Hier sollten auch die Aspekte aus der Pflegediskussion mit hinein. Auflistung der „Fallgruppen“ erwünscht, ein Anhang zum Papier „was heißt das konkret?“. Ein Skandal ist es, dass Menschen mit Behinderungen erst in die Sozialhilfe fallen müssen, um erforderliche Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Nach wie vor Ausgrenzung über den Mehrkostenvorbehalt im SGB. Es ist ein Umsetzungs-Aktionsplan erforderlich. Früher Initiativen der Fraktion fehlen.
- ✓ Grün sollte das Thema „Inklusive Kommune“ besetzen.
- ✓ Das Papier soll Diskussionen auslösen, Umdenken anstoßen. Konkretisierungen und Handlungsprogramme sind da eher kontraproduktiv. Das Papier sollte in den diversen Grünen Gremien diskutiert und ggfs. fortentwickelt werden. Markus Kurth bittet um Beiträge und feedback bis zum 31.05.11.
- ✓ Mit den zunehmenden Verteilungskämpfen in unserer Gesellschaft wird die Diskussion um Inklusion an Schärfe zunehmen.
- ✓ Man ist nicht behindert, man wird behindert; Behinderung wird durch gesellschaftliche Strukturen erst konstruiert.
- ✓ Inklusionsbegriff baut darauf auf: Nicht der Mensch mit Behinderung muss sich auf die Gesellschaft zu bewegen, die Gesellschaft muss sich auf Menschen mit Behinderung zu bewegen (weil sie auch die Behinderung „geschaffen“ hat)
- ✓ Inklusionsrecht als Anspruch ausgestalten
- ✓ geht mit grüner Tradition einher: Auch Menschen mit abweichenden Eigenschaften sind willkommen und Teil unseres Ladens.

Kritik:

- ✓ Pflege und psychisch Kranke fehlen.
- ✓ Finanzierung der Inklusion darf nicht (nur) über die Sozialhilfe erfolgen (Menschen mit Behinderung müssen erst verarmen, um Leistungen zu bekommen). Da muss das Papier eine Perspektive formulieren.
- ✓ Es fehlen Ansätze für Strukturänderungen (als Unterfütterung für die im Papier formulierte Version); das Papier ist ein Wunschkonzert, bei dem niemand widersprechen kann; bei dem aber die Umsetzung nicht ansatzweise angedeutet wird. Dagegen: Das würde das Papier verändern; es soll im Moment eher einen Diskurs einleiten und eine Bewusstseinsänderung voranbringen.
- ✓ Kritisiert wurde auch, dass das Papier wenig Positionen bietet bei der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und den Diskriminierungen bis hin zu Menschenrechtsverletzungen (z.B. keine Selbstbestimmung über Wohnort). Deshalb sollte versucht werden in einem weiteren Papier die politische Position zur Umsetzung der UN-BRK dazulegen.

- **Allgemein wird Papier begrüßt, aber die kritischen Einwendungen berücksichtigt werden. Änderungsvorschläge sollen zusammengestellt werden / In der Überlegung ist auch die Erstellung eines weiteren Papiers, dass stärker die Debatte um die UN-BRK aufgreift**

5. Aktuelle Themen aus dem Bereich Gesundheit u.a.

- AMNOG u. GKV-Finanzierungs-Gesetz (GKVFinG) u. seine Auswirkungen

- PatientInnenschutz und unabhängige PatientInnenberatung, - PID

Berichte: Maria Klein Schmeink MdB, Annette Rausch (Büro: Biggi Bender), Markus Kurth MdB

a) AMNOG & GKVFinG

Bericht: Annette Rausch, Maria Klein Schmeink

Zum vorgelegte Gesetz: Jetzt können pharmazeutische Unternehmen in Integrierte Versorgung (IV) Verträge aufgenommen werden. Dadurch bekommen die IV-Verträge eine erhebliche systemische Wirkung. IV-Verträge mit pharmazeutischen Unternehmen und Hilfsmittelherstellern werden als sehr bedenklich eingestuft. Hier auch Risiken für die Gemeindepsychiatrie. GKVFinG ist der Einstieg in die Kopfpauschale

Argumente:

- ✓ frühe Nutzenbewertung von Medikamenten, was aber nur auf Preisbildung Auswirkungen hat
- ✓ Prozedere der Nutzenbewertung läuft an
- ✓ Problem: Beweislastumkehr beim Nutzen (jetzt muss man nachweisen, dass etwas keinen Nutzen hat; methodisch kaum möglich)
- ✓ Problem: zur Schnellbewertung nur Dossiers der Pharmaindustrie zugelassen (ausländische Evaluierungen werden ausgeschlossen)
- ✓ Problem: Medikamente für seltene Krankheiten werden ausgeschlossen von der Schnellbewertung (Medikamente werden dazu auch zur Behandlung von seltenen Krankheiten erst gemacht; indem man Unterkrankheiten zu weit verbreiteten Krankheiten „kreiert“)
- ✓ einbezogen in ANMOG: Pharmaunternehmen können teilnehmender Mitgestalter eines Vertrags zur Integrierten Versorgung werden
aktuelles Beispiel: niedersächsischer AOK-Vertrag zur Versorgung von Schizophrenie (Nachahmung wohl im Rheinland)
- ✓ **Problem:** Verträge, die die Politik nicht mehr beeinflussen kann, haben systemische Änderungen in der (regionalen) Gesundheitsversorgung zur Folge

b) PatientInnenrechtegesetz

- Eckpunkte werden gerade erarbeitet
- Themen u.a.: Stärkung der Patientenautonomie, Beweislastfragen, Informationspflichten gegenüber Patienten in punkto Integrierte Versorgung

c) Gesundheitskarte

Problemfeld informelle Selbstbestimmung.

- **Thema soll auf einer der nächsten BAG-Tagungen als Schwerpunktthema beraten werden (auch mit externen Sachverständigen)**

d) PID:

Bericht: Markus Kurth

Das bisherige PID-Verbot ist durch Urteil aufgehoben worden. Überfraktionell haben sich drei Meinungsgruppen gebildet: Freigabe, Freigabe unter Bedingungen, Verbot. Der Ausgang ist offen. Nur 5 % aller Behinderungen sind genetisch bedingt. Davon wird der Großteil erst im späteren Verlauf des Lebens relevant (bezieht sich auf die Freigabe unter Bedingungen, die PID vor allem bei sehr geburtsnah auftretenden Behinderungen/Risiken erlauben will).

Darstellung von Behinderungen als „vermeidbares Leiden“ sehr problematisch.

Allgemein wird die Wahrscheinlichkeit gesehen, das eine PID unter Auflagen keine Lösung ist:

Die Bedingungen werden sehr schnell ausgeweitet und aufgeweicht werden.

Gesetzgeber muss sich nach BVerfG-Urteil verhalten

3 Gruppen:

- Flach (FDP) u.a (auch Grüne, z.B. Jerzy Montag): weitgehende Freigabe
- Priska Hinz (Grüne) u.a.: Zulassung unter enger Voraussetzung
- Biggi Bender, Claudia Roth, Markus Kurth: vollständiges Verbot

➤ **Diskussion; mehrheitliche Meinung neigt zu einem vollständigen Verbot**

6. Verschiedenes

Verwiesene Beschlüsse von der BDK

- Duale Krankenhausfinanzierung (wäre Thema für ein kommendes BAG-Treffen oder aus Zeitgründen auf Arbeitsgruppenebene im April)
- elektronische Gesundheitskarte (wäre Thema für ein kommendes BAG-Treffen, Fraktion hat dazu öffentliches Fachgespräch vorgesehen)
- Bürgerversicherung I: Einbeziehung anderer Einkünfte (Freibeträge)?
- Bürgerversicherung II: Steuerfinanzierung
 - wäre komplette Infragestellung dessen, was der Parteitag letztmals besprochen hat
 - Loslösen von Bürgerversicherung: grundsätzliche Verschiebung Beitrags- → Steuerfinanzierung
 - soll Thema des kommenden BAG-Treffens werden
 - Steuerfinanziertes Sozialsystem vs. Bürgerversicherung

➤ **Die BAG-Sprecher geben den Antragsstellern einen Zwischenbescheid über das weitere Vorgehen.**

Aus der Fraktion:

- Bürgerversicherung: Veranstaltungen, inhaltliche Positionierung: Übergang; Selbstverwaltung
- Ärztetag, 14.5.2011
- Gesundheitsberufetag, 24.9.2011

Sonntag, 30. Januar 2011

7. "Wie weiter mit der Debatte um die Rente mit 67?" – Bericht zur aktuellen Debatte und Standortbestimmung

Input: Wolfgang Strengmann-Kuhn

Status und Stand der Diskussion von WSK: Auf der nächsten BDK soll hierzu eine (Grundsatz-) Diskussion und eine Entscheidung herbeigeführt werden. Eine Rentendiskussion hat es noch nicht auf einer BDK gegeben. Mehrfach von TO abgesetzt, da Diskussion sonst in Gefahr war, aus der Aufmerksamkeit zu rutschen. BDK Kiel (November '11) wird angestrebt, da relativ „wahlkampffrei“.

Zuletzt Antrag KV Göttingen: Nein zur Rente mit 67. Meinungsstand Fraktion: Ja, aber...

Auf der nächsten BAG soll das Thema für die BDK vorbereitet werden, zum September (BAG) ein begleitender Antrag.

Wolfgang führt ins Thema ein:

- ✓ nicht nur „Rente mit 67“ befassen, sondern das Thema generell behandeln
- ✓ Beschluss der BT-Fraktion:
 - schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze notwendig, am Fahrplan für die Rente mit 67 festhalten
 - aber nur vertretbar, wenn Rahmenbedingungen stimmen:
 - längere Beschäftigung
 - fließende Übergänge
 - Armut im Alter verhindern
 - Rente mit 67 an sich o.k., Rahmenbedingungen stimmen aber (noch) nicht
 - im Rahmen der vierjährigen Berichtspflicht soll geprüft werden, ob Rahmenbedingungen erreicht sind (nächster Bericht 2014)

- ✓ Rahmen:
 - länger arbeiten ermöglichen
 - flexibler Renteneintritt
 - Altersarmut bekämpfen
- ✓ Altersarmut:
 - Was macht die Regierung?
 - verschwurbelter Satz in dem Koalitionsvertrag
 - Regierungskommission beginnt April 2011, Abschlussbericht September 2012
 - CSU und FDP haben unterschiedliche Ansätze
 - CSU: Lösung innerhalb der Rente (Rente nach Mindesteinkommen)
 - FDP: will Freibeträge für betriebliche und private Rente
 - Grünes Wahlprogramm
 - Garantierente
 - Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung ausbauen
 - Rentensplitting
 - Stand der Debatte in der BTFraktion
 - Garantierente: Konsens (s. Positionspapier), Höhe 30 Entgeltpunkte (800 Euro), Abgrenzung langjährige Versicherte: 30 Versicherungsjahre, auch für die jetzigen Rentnerinnen (str.)
 - umstritten:
 - **alle** langjährigen Versicherten?
 - geringere Garantierente für Teilzeiterwerbstätige?
 - welche Versicherungszeiten (Phasen von Nichterwerbstätigkeit)?
 - Garantierente **für alle Rentnerinnen**?
 - Kosten/Finanzierbarkeit (zweistelliger Mrd.-Betrag lt. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung)
 - Zielgenauigkeit (welche Einkommen werden angerechnet?)
 - grundsätzliche Bedenken (ähnlich wie in Debatte um Grundeinkommen)
 - offene Fragen:
 - ab wann wird gezahlt? ab Regelaltersgrenze? ab Bezug einer Vollrente? Was ist bei Bezug einer Teilrente?
 - auch bei Erwerbsminderung?
 - Zusammenhang mit Bürgerversicherung:
 - keine offene Debatte aber Bedenken
 - strategisch: überheben wir uns mit der gleichzeitigen Einführung von Bürgerversicherung für Gesundheit, Pflege und Rente?
 - inhaltlich: Erwerbstätigenversicherung (wie Linke und SPD) vs. Bürgerversicherung
 - Einbeziehung von Vermögenseinkommen
 - alle Erwerbstätige oder alle BürgerInnen unabhängig vom Erwerbsstatus
 - einig:
 - Einbeziehung von bisher nicht abgesicherten Selbstständigen als ersten Schritt
 - Wie weiter?
 - Vergabe eines Gutachtens zur Garantierente in diesem Frühjahr, anschließend Positionierung und Beschluss der Fraktion für eine Garantierente für langjährig Versicherte
 - öffentliches Fachgespräch zum Thema Altersarmut voraussichtlich um Mai (KGE und WSK)
 - Antwort auf große Anfrage zu Altersarmut voraussichtlich im Sommer
 - Bürgerversicherung:
 - wie können Selbstständige in die GRV einbezogen werden (WSK)?
 - Alterssicherung von Beamten (WSK und Konstantin von Notz)
 - BDK in Kiel (25.-27.11.): Rente/Altersarmut als ein Schwerpunktthema?
- ✓ fließender Übergänge in den Ruhestand:
 - Teilrente aber dem 60.Lebensjahr bei Verringerung der Arbeitszeit
 - weiterhin sozialversichert, Aufbau weiterer Rentenansprüche

- „Hinzuverdienstgrenzen“ problematisch
- Verbesserung der Attraktivität der Teilrente für Menschen jenseits der Regelaltersgrenze
- für die Teilrente werden versicherungsmathematisch korrekte Rentenabschläge erhoben bzw. –zuschläge gezahlt
- Bezug einer Altersrente ab 60 Jahren mit versicherungsmathematisch korrekten Abschlägen (steht im Positionspapier der BT-Fraktion)
- Erwerbsminderungsrente und Rente weg. Schwerbehinderung
 - Rücknahme der Erhöhung der Regealtersgrenze von 63 auf 65 für den abschlagsfreien Bezug
 - noch Uneinigkeit über Abschläge und Zurechnungszeiten

Aus der Diskussion:

In der Diskussion sieht die BAG die Rente mit 67 (sehr) kritisch. Lösung eher über Steuerfinanzierung bzw. Bürgerversicherung. Ausreichendes Angebot altersgerechter Arbeitsplätze wird nicht gesehen, dafür auch kein Plan B.

Wichtig sind flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente, sowohl zeitlich als auch finanziell (Zuverdienstmöglichkeiten, Teilrenten usw.).

Sinkende Löhne und unstete/prekäre Erwerbsbiographien sind für die Rente mindestens ebenso gefährlich, wie die demographische Entwicklung.

Ausgangspunkt: Bei letzter BDK gab es einen Antrag auf Verabschiedung von der „Rente mit 67“, allerdings unter „Verschiedenes“. Es wurde erreicht, dies von der BDK-TO zu nehmen und sich sowohl im BuVo als auch bei der BAG weiterhin darum zu kümmern.

Anschließende Diskussion:

- ✓ Kann man bei der BDK drei soziale Themen positionieren (Rente, Inklusion, Pflege)?
- ✓ auf jeden Fall ist die BDK der richtige Termin (nach allen Wahlen des nächsten Jahres und vor der Verbundtagswahl-BDK im nächsten Jahr)
- ✓ andere Meinung: „Rente (mit 67)“ wäre genau das richtige für die BDK vor der Bundestagswahl
- ✓ (teilweise) Steuerfinanzierung der Rente diskutieren (kam in dem Vortrag und auch BT-Fraktion nicht bis kaum vor)
- ✓ Europa (Elisabeth Schrödter)
 - Grünbuch zur Rente in heiße Phase eingetreten
 - EU-Anliegen wegen:
 - makroökonomische Fragen
 - Rentenderivate in zweiter und dritter Säule
 - in der Fraktion sehr verschiedene Positionen
 - Plädoyer für ein flexibles Modell bei der Rente
 - Probleme in Deutschland: Betriebsrenten und Portabilität
- ✓ Zusammenhang mit Mindestlohndebatte
- ✓ Plan: Vorbereitung eines Papiers/Antrags für die BDK bei der nächsten BAG-Sitzung. Evtl. Begleitung durch BAG-Beschluss beim BAG-Treffen im September.

Elisabeth Schroedter verweist auf das „Grünbuch Rente“ der EU.

Die EU hat 2012 zum „Jahr des aktiven Alters“ erklärt.

9. Aktuelle arbeitnehmerrechtspolitischen Themen

Bericht: Beate Müller-Gemmeke MdB

a) Tarifpluralität versus Tarifeinheit (Situation nach dem BAG-Urteil vom ...)

AK1-Papier liegt vor - Bundesarbeitsgericht-Urteil:

- bisher ein Betrieb ein Tarif, spezieller Tarif verdrängt allgemeineren
- Tarifverträge mit überschneidenden Geltungsbereichen gelten nebeneinander
Tarifkonkurrenz/-pluralität
- entscheidend ist die Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten

DGB/BDA-Vorschlag (hat heftige Diskussionen hervorgerufen)

- gesetzliche Normierung der Tarifeinheit

- bei überschneidendem Geltungsbereich ist der Tarifvertrag anwendbar, dessen Gewerkschaft die Mehrheit im Betrieb organisiert hat (Mehrheitsprinzip)
- für die Laufzeit des vorrangigen Tarifvertrags gilt die Friedenspflicht – auch für nicht beteiligte Gewerkschaften (Eingriff auch ins Streikrecht)

Gegenüberstellung der Szenarien in punkto (TP: Tarifpluralität/BAG-Urteil, TE: Tarifeinheit/DGB/BDA-Modell)

- Gewerkschaftslandschaft
 - TP: es passiert nicht viel (größere Zersplitterung?)
 - TE: Monopolisierung (große Gewerkschaften gewinnen Übermacht), geringe Kooperationsanreize
- Arbeitskampf
 - TP: größere Streikhäufigkeit
 - TE: geringere Streikhäufigkeit
- Tarifverträge
 - TP: keine Unterbietungstarifverträge mehr, kürzere Laufzeiten, individuelle Forderungen
 - TE: weniger Flächen- und Branchentarifverträge, mehr Haustarifverträge
- Betriebsklima
 - TP: Abkehr von inklusiver Solidarität, Ungleichbehandlung der Belegschaften
 - TE: „Zwangssolidarität“, gleiche Bezahlung im Betrieb, Kampf um Gewerkschaftsmehrheit im Betrieb
- Offenlegungspflichten
 - TP: Gewerkschaftsmitgliedschaft des einzelnen
 - TE: Gewerkschaftsmehrheit im Betrieb
- Freiheitsrechte:
 - TP: Minderheitenschutz, betriebliche Gleichbehandlung
 - TE: Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG) / Tarifautonomie / Streikrechte fraglich

Bisherige Positionierungen: u.a.

- Bundesregierung: Vorschläge werden intensiv geprüft, Regelung sei nötig, man dürfe nicht warten, bis Tariflandschaft zersplittert sei; bis Anfang nächsten Jahres soll etwas vorliegen – aber es sei nicht sicher, dass dieser Vorschlag eins zu eins übernommen werde.
- Juristen des AK 3 der grünen BT-Fraktion wenden sich gegen TE-Modell (Hauptargument: Eingriff in Koalitionsfreiheit)

Eckpunkte für eine grüne Position:

- Tarifeinheit ist wünschenswert und wird heute schon teilweise durch Kooperationen erreicht.
- Ablehnung des DGB/BDA-Vorschlags zum gegenwärtigen Zeitpunkt,
 - da Auswirkungen der Tarifpluralität noch unsicher
 - aus verfassungsrechtlichen Bedenken
 - wegen starkem Eingriff in die Rechte von Minderheiten
- Tariflandschaft müsste geschützt werden, da gibt es aber wichtigere Probleme:
 - Tarifflicht der Arbeitgeber
 - Leiharbeit und dadurch Schwächung des Organisationsgrades der Gewerkschaften
- primär also Stärkung der Gewerkschaften wichtig

Anschließende Diskussion:

- ✓ Tendenz, dass sich nach BAG-Urteil nur Stärkere zusammenschließen, zulasten der Schwächeren
- ✓ Schwierigkeit, Modell Tarifvielfalt mit EU-Regelungen in Übereinklang zu bringen
- ✓ Zurückgehende Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge die eigentliche Ursache für Zersplitterung; umgekehrt: besser hier ansetzen als sich bei den beiden Modellen abzukämpfen

Weitere Themen:

- „Dritter Weg im Arbeitsrecht“ soll auf den Prüfstand (anlässlich eines Urteils eines LAG)

- Equal pay: nicht nur „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sondern auch die andere Einstufung von Frauen; Karin Tondorf hat dazu einen Check entwickelt. Forderung: Gesetz gegen mittelbare Diskriminierung beim Lohn (kompliziert, kann viel ändern, kann aber auch teuer werden)
- Kontrolle bei der Leiharbeit, wie kann man Missbrauch eindämmen?
- EU: Entsenderichtlinie überarbeiten?
- Arbeitnehmerdatenschutz: zusammen mit Konstantin von Notz wird gerade Gesetzentwurf ausgearbeitet (Juristen haben den gerade in der Mangel)
- Schwarzarbeit in der Pflege im häuslichen Bereich: Wo kann man ansetzen, dies zu verhindern?

b) Tarifeinheit und Tarifvertragssystem

Input: Beate Müller-Gemmeke

Vorstellung des Status nach dem BAG-Urteil vom 23.06.2010 (s. versandte Folien). Die Diskussion tendiert eher zur Tarifpluralität.

c) Arbeitnehmerrechte

Bericht: Beate Müller-Gemmeke

Umdenken bei der Beschäftigung Älterer erforderlich.

Kirchen unterlaufen Tarifverträge. Prüfung des Kirchenprivilegs angebracht.

Zur Entgeltgleichheit (= mehr als gleicher Lohn für gleiche Arbeit) gibt es ein Positionspapier „Frauen & Arbeit“.

Weitere aktuelle Themen bei BMG: Leiharbeit, Mindestlohn, EU-Saisonarbeiterrichtlinie, konzerninterne Leiharbeit, Arbeitnehmerdatenschutz.

9. Verschiedenes

Planung: nächste BAG-Tagungen:

Dreitägig 3.-5. oder 17.-19.06.

Freitag: Gesundheit, AMNOC, IV-Verträge (-> Gemeindepsychiatrie)

Samstag: Veranstaltung Quartierskonzepte, Versorgungsformen der Zukunft

Sonntag: Rente, Vorbereitung BDK-Aufschlag

3. Sommertagung am 08.-10. Juli

1) Schwerpunktthema:

Weiterentwicklung und Neuausrichtung der Wohn- und Pflegeinfrastruktur:

„Quartierskonzepte: Vom Pflegeheim zum Wohnen mit Versorgungssicherheit im Quartier“

Input: Harald Wölter

Vorträge:

Dr. Peter Michell-Auli, Geschäftsführer des KDA Kuratorium Deutsche Altershilfe

Quartiersentwicklung - Ziele, Verantwortlichkeiten und politischer Handlungsbedarf

Susanne Tyll, freiberufliche Referentin für Wohnberatung, betreutem Wohnen und Altenarbeit;

Sprecherin der LAG Wohnberatung NRW

Quartierskonzepte : Wohnen im Alter unter besonderer Berücksichtigung alter Frauen

Mustafa Çetinkaya, WohnBund-Beratung NRW

Quartierskonzepte: Alte Menschen mit Zuwanderungsgeschichte – Kultursensible Wohn- und Unterstützungsformen mit Versorgungssicherheit im Quartier

Helmut Wallrafen-Dreisow, Geschäftsführer der Sozialholding Mönchengladbach

Quartierskonzept: Vom Pflegeheim zur Hausgemeinschaft (nur schriftlich)

Debatte zusammen mit **Elisabeth Scharfenberg**, MdB

(Hierzu ist eine separate Zusammenstellung und Auswertung in Fertigstellung, bis ca. Mitte Februar 2012)

- Quartierskonzepte als Grünes Gesamtkonzept für eine zukunftsgerechte Pflegeinfrastruktur werden als Schwerpunktthema weiter verfolgt und in 2012 hier konzeptionell und programmatisch weiter beraten.

3) Aktuelle Themen aus dem Bereich Pflege

a) **Pflegeversicherung: Ausblick über die anstehenden Beratungen zur Pflegeversicherung**

b) **Zukunft der Pflegeausbildung – Die gemeinsame Pflegeausbildung
- aktueller Stand der Debatte**

Kritik an Bundesregierung, dass

Berichte: Elisabeth Scharfenberg MdB

Bericht zum aktuellen Stand der Beratungen im BT zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Bislang gibt es seitens der Bundesregierung wenig Bewegung. Die Neuausrichtung nach einem neuen erweiterten Pflegebegriff wurde verschoben und zunächst eine neue Kommission hierzu eingerichtet. (wird als Verhinderungsstrategie gewertet)

Zukunft einer gemeinsamen Pflegeausbildung: verweis auf die intensive Beratung auf der Tagung 2011-I. NRW hat hierzu ein Positionspapier verabschiedet.

Samstag 09. Juli 2011 Beginn 13:00 Uhr

1. **Begrüßung, Mitteilungen und Eingänge**

2. Schwerpunktthema: **Wie weiter mit der Debatte um die Rente mit 67?**

- Weiterführung der aktuellen Debatte, Standortbestimmung und Beschlussfassung für einen möglichen Antrag für die BDK

Input: **Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB**

Vorstellung des Konzeptes der Garantierente (in Anlehnung an das schwedische Renten-Modell)

Kontroverse Debatte über die Umsetzung längerer Lebensarbeitszeit.

Ergebnis: Arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen müssen flankieren: Möglichkeiten schaffen veränderte Arbeitsfelder auszufüllen, z.B. durch Weiterbildung (Initiative mit allen im Arbeitsmarkt tätigen Akteuren). Flexibler Eintritt in die Rente darüber hinaus notwendig. Armutsbekämpfung durch Schaffung der Garantierente, darf allerdings nicht abhängig sein von der Dauer der Lebensarbeitszeit. Stattdessen Anerkennung unsteter Erwerbsbiografien und prekärer Arbeitsverhältnisse vor allem von Frauen.

3. **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**

Bericht: **Markus Kurth MdB**

Positionspapier der BT-Fraktion wird vorgestellt. Sehr guter Input für den Einstieg in die Debatte. Ergebnis:

Kommunen müssen in die Lage versetzt werden die UN-BRK umzusetzen (Aktionspläne), dazu bedarf es der SGB-Reformen: Subjektförderungen und Schaffung eines Bundesteilhabegeldes.

- **Antrag für die BDK in Kiel in Abstimmung mit der BAG Behindertenpolitik mit dem Ziel, den Einstieg in die Grüne Position zur Umsetzung der UN-BRK in Bund, Ländern und Kommunen jetzt anzustoßen.**

4. Aktuelle Themen aus dem Bereich Gesundheit u.a.

- Versorgungsgesetz
- Bürgerversicherung

Bericht: **Maria Klein Schmeink** MdB / Jörg Sauskat (Büro Harald Terpe MdB)

Jörg stellt das Versorgungsgesetz der Bundesregierung vor und formuliert die heftige Kritik der BT-Fraktion hieran.

Das Ziel: dezentrale Versorgungsstrukturen zu ermöglichen und einem drohenden Versorgungsnotstand wird verfehlt. Es wird lediglich als Anreiz für Hausärzte in ländliche Regionen zu gehen der finanzielle Anreiz erhöht. Positiv ist lediglich die Änderung der Bedarfsplanung, in dem die Länder bei der Ausgestaltung der Planung mitentscheiden (Beteiligung allerdings noch zu gering). Zentrale Voraussetzung, um regionale Versorgungsstrukturen zu schaffen.

- **Weiterführung der Debatte mit Entwicklung Grüner Vorstellungen (wohnnaher Gesundheitsversorgung) in 2012**

4. Wahl der SprecherInnen

Bärbl Mielich, Willi Kulke, Harald Wölter kandidieren für die Funktion der SprecherInnen für die BAG erneut. Weitere Kandidaturen gibt es nicht. Iris Michelmann übernimmt die Versammlungsleitung.

Willi Kulke wird kooptiert (einstimmig)

Harald Wölter wird kooptiert, da die neue LT-Fraktion in NRW ihre Delegierten noch nicht gewählt hat (einstimmig)

Bärbl Mielich, Willi Kulke und Harald Wölter werden einstimmig als BAG-SprecherIn für die neue Amtszeit wiedergewählt.

5. Verschiedenes

- u.a. - weitere Jahresplanung 2011/12,
- von der BDK übertragene Anträge
- Termine

Sonntag 10. Juli 2011 Beginn:9:30 Uhr

1. Begrüßung und Mitteilungen

2. Schwerpunktthemen: Sozialer Arbeitsmarkt und Bürgerarbeit

Sozial-Integrativer Arbeitsmarkt – Teilhabe und Perspektiven für langzeiterwerbslose Menschen

Input: **Brigitte Pothmer, MdB**

Konzept sozialer Arbeitsmarkt wird vorgestellt. Insgesamt als grüne Linie in der Arbeitsmarktpolitik begrüßt. Besonders der Passiv-aktiv-Transfer: Langzeiterwerblosen wird hiermit die Möglichkeit eröffnet unbefristet und sozialversicherungspflichtig zu Arbeiten.
Kontrovers ist noch die Frage, ob die Arbeitsfelder zusätzlich sein müssen (BT-Fraktion) oder alle Arbeitsfelder umfassen können (Bestandteil des regulären Arbeitsmarktes).
Grün-rote Landesregierungen in Baden-Württemberg und NRW planen entsprechende Landesgesetze/Konzepte
(siehe weitere Anlagen)

3. Aktuellen arbeitsmarktpolitischen Themen

u.a. Instrumentenreform

Bericht **Brigitte Pothmer** MdB,

Bericht zu den Maßnahmen der geplanten Instrumentenreform.

Massive Kritik. Die negativen Auswirkungen auf die örtliche Arbeitsmarktpolitik werden Dargestellt. (siehe auch Anlagen, u.a.Papier BT_Fraktion „Übersicht der wesentlichen Änderungen 10.6.2011)

6. Verschiedenes

- u.a. - weitere Jahresplanung 2011/12
- von der BDK übertragene Anträge
- Termine

7. Herbsttagung am 8.-9.10.2011

1. Begrüßung – Mitteilungen -Eingänge

- BDK – TOP Rente und Pflege wird entgegen vorheriger Absprachen nicht Thema der nächsten BDK. Dort ausschließlich Inklusion als Thema:
- Angebot von Cem (inzwischen für den Themenbereich Soziales im BuVo verantwortlich): Diskussion um Inklusion mit entsprechendem Gewicht, AG Soziales des Zukunftskongresses in 2012 wird weiter stattfinden (Harald und Bärtl als Vertretung der BAG), es gibt einen sozialpolitischen Kongress im Frühsommer zur Vorbereitung einer BDK mit Schwerpunkt Soziales im Herbst 2012 in Hannover; „sozialpolitisches Jahr 2012“ (Cem).
- Darüber hinaus gibt es eine Vereinbarung, dass vor einer inhaltlichen Debatte auf der BDK 2012 keine Vorfestlegung über den finanziellen Spielraum gefasst werden wird. Allerdings gibt es in der Bundestagsfraktion eine aktive Projektgruppe „Prioritäten“, die sich bereits in konkreter Diskussion befindet. Mit dem Thema und auch den Ergebnissen soll sich auch die BAG beschäftigen.
- Diskussion: nächste BAG Sitzung mit Cem zur Vorbereitung des sozialpolitischen Kongresses
- **Insgesamt ist die BAG über die aktuelle Entwicklung nicht begeistert, sieht aber die Chance für 2012 mit dem Komplettangebot unter dem Titel „sozialpolitisches Jahr“.**
- Diskussion um Stellenwert des Themas Gesundheit in der BAG – es wird gewünscht, dass es auf der BAG stärker vertreten wird.

2. Schwerpunktthema: Inklusion: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und inklusive Gesellschaft

- Input: Markus Kurth MdB

Markus beginnt mit einem fachlichen Verriss des „nationalen Aktionsplanes“ des Bundes zur Umsetzung der UN-Konvention und weist dabei auf einen Beschluss der Bundestagsfraktion vom 01.12.2009 mit formuliertem gesetzlichen Änderungsbedarfen hin: „Man ist nicht behindert, man wird behindert“.

- Nationaler Aktionsplan der Bundesregierung: Null-Start mit Verbändediskussionen: Maßnahmenpaket und kein gesetzlicher Regelungsbedarf; Länderverantwortung im Bildungswesen (Schule), nach wie vor Grenzen zwischen ersten und geförderten Arbeitsmarkt, kleine Beratungsprogramme, Verschieben von knappen Geldern aus Ausgleichsabgabe, aufgrund besserer Förderungen Motivation der Eltern körperlich behinderte als geistig behinderte Kinder anerkennen zu lassen, 518 Mio. Euro für Wohnraumförderung zu knapp bemessen, KfW stellt aber Kredite für Wohnungsbau ein; gesundheitliche Förderungen zu gering und unspezifisch; nur Umsetzungsprobleme im SGB IX aber Zersplitterung und institutionelle Hürden beim trägerübergreifenden Budget, Zweckverfremdung der Pflege für Reha. Insgesamt ein Programm für die „Tonne“.
- Zu wenig Verbandsklagen auf kommunaler und regionaler Ebene
- Zielvereinbarungen zu langsam etabliert
- Zum vorliegenden eigenen Antrag: Grundgedanke der Inklusion für verschiedene Personengruppen; Leitbildversuch im vorliegenden Papier, quer zur Inklusionsdebatte bei der BDK

Diskutierte Probleme

- Widerstände von verschiedenen Personengruppen
- Bund-Länder-Kooperation im Schulwesen
- Begriff und Ziele zur Inklusion
- Inhaltliche Leerstellen
- Zugang zu Menschen (z.B. schwerste Behinderungen ohne Mobilität)
- Integration vs. Inklusion
- Individuelle Förderung; kein niedrigeres Niveau
- Eher kleinere Forderungen angesichts finanzieller Barrieren

Entscheidung für das Vorgehen auf der BDK:

Begriff entfalten; grundsätzlich weiter fassen; Diskussion über Leitbildtauglichkeit,

Der vorliegende Entwurf für einen Antrag der BAG ist themenbezogen richtig, aber nicht entsprechend breit aufgestellt. Im Ergebnis wird als sinnvoll angesehen, das Thema Inklusion auf der BAG grundsätzlich und breit zu diskutieren. Fachbezogene Anträge sollten hier nachrangig gestellt werden. In der Debatte auf der BDK sollte es vor allem um Begriffsbestimmungen und die Verankerung des Leitbildes Inklusion in die politische Debatte gehen.

Da aber auch die Umsetzung der UN-Konvention wichtig ist und es dazu zeitlich einen grünen Beschluss geben soll, wird folgender Vorschlag angenommen:

- **Der Antrag der BAG soll nicht als Alternative zum Antrag Inklusive Gesellschaft des BuVo gestellt werden, sondern als „V-Antrag zur UN-Konvention“ bzw. in Ergänzung zum Leitantrag eingereicht werden mit dem Ziel, ihn vorzustellen und an den Länderrat zu verweisen, der im April 2012 tagt.**
- **BAG-Antrag wird in den Eckpunkten beraten und angenommen Eine Überarbeitung erfolgt durch Harald, Markus und Ulrike.**
- Appell: Die Reform der Eingliederungshilfe in ihrer bislang völlig unzureichenden

Ausformulierung zu verhindern mit dem Ziel unter einer rot-grünen Bundesregierung zu einem besseren Ergebnis zu gelangen (Bund-Länder-Kommission).

2.1. Inklusion – Bericht aus dem Europaparlament

Bericht: *Elisabeth Schrödter MdEP*

- Zur Umsetzung der Inklusion sind Mehrjahresprogramme notwendig
- Berichtsentwurf zum ESF und Inklusion verschickt; politisches Programm, keine Sanktionen für Mitgliedsländer; 5. Antidiskriminierungsrichtlinie von Bundesregierung verhindert für die Bereiche außerhalb von Arbeit und Ausbildung (Merkmal Alter, Menschen mit Behinderungen, Religion, sexuelle Orientierung)
- Nationale Sammelinteressen einzelner Länder (Irland – Roma) gegen Bericht
- WfB – schwierige Institution gerade für osteuropäische Länder
- Verordnung für alle strukturellen und inhaltlichen Finanzhilfen für Strukturfonds, Arbeitsmarkt und Soziales vom Parlament verabschiedet (angelehnt an Strategie Europa 2020)
- Änderung 1: Bildung und soziale Inklusion ohne engen Bezug zum Arbeitsmarkt (Widerstand der Bundesländer)
- Änderung 2: ESF-Anteil aus Strukturfonds auf 52% in Westeuropa; ansonsten 40% in Ostdeutschland für Soziales erhöht (Widerstand der Bundesländer)
- Neue Schwerpunkte im ESF: Mobilität, Bildung und lebenslanges Lernen (z.B. Reduzierung Schulabbrecherquote), Bekämpfung von Armut und Inklusion (z.B. Anti-Diskriminierung)
- Weniger bürokratischer Aufwand für kleine Projekte; Flatrates im ESF
- Verordnung für soziale Veränderung und Innovation: Pilotprojekte, Mikroförderung für Gründungen
- Diskussion: Probleme bei Ko-Finanzierung, politischer Wille und hohem Verwaltungsaufwand, Austausch in BAG über Erfahrungen in den Ländern

3) Sozialpolitischen Themen:

Bericht: *Markus Kurth MdB*

- o Bildungs- und Teilhabepaket: Flop, 10 € im Monat für Bildung und Kultur zu wenig und zu bürokratisch, Personalaufwand sehr hoch, Substitutionseffekte z.B. für Schulessen, Vorfinanzierung für Vereine kaum möglich, Teilnahmequote bei etwa 30%, Praxisbeispiele gesucht, Rückmeldung aus Kommunen gewünscht; in Nordfriesland Formular und Folgeantrag für Auszahlung der 10€. Streuverluste so wesentlich größer, als wenn „ein Teil versoffen würde“ - groteskes Verhältnis zum Verwaltungsaufwand.
- o Antrag der BTF zum Thema soziale Bürgerrechte (Drucksache 17/7032): gesetzlich festgelegte Leistungen werden verweigert bzw. Richterurteil wird nicht umgesetzt „sozialer Rechtsbruch“; Rechtsstellung von Betroffenen stärken, Verbandsklagerecht, Kontrolle stärken, Wahlrechte in Arbeitsmarktpolitik stärken, Stärkung von Patientenrechten

Ergebnis Diskussion:

- **Keine Sanktionen im SGB II und III für Grundbedarfe (extra Antrag für Arbeitssuchende). Sozialgesetzbuch übergreifende Lösungen sind nötig.**

4. Aktuelle Themen aus dem Bereich Pflege

Bericht: **Madeleine Viol** (Büro Elisabeth Scharfenberg MdB)

Stichpunkte:

- ✓ Ab 2013-2014 Finanzierungslücke: Anstieg Pflegebedürftiger, Dynamisierung der Leistungen und Anstieg der Kosten
- ✓ Reform unter Schwarz-Gelb geplant: Ergänzung durch Kapitaldeckung
- ✓ Rössler: Pflegedialoge und Ankündigung der Reform
- ✓ Bahr: immer noch keine Eckpunkte, CDU blockiert, kein Zeitdruck, weil noch genug Geld in Pflegeversicherung
- ✓ Brüderle: keine Erhöhung der Beitragssätze
- ✓ CSU: Bundesleistungsgesetz aus Steuern finanziert, Pflege bei Menschen mit Behinderung, Härtefälle, Demenzbetreuung
- ✓ Kritik: Kapitaldeckung kommt zu spät, indirekte Beitragserhöhung, verschiedene Bürokratien (Steuern, Kapitaldeckung und Versicherung), diffuse Meinung der Regierungsparteien
- ✓ Grüne: Gutachten für die Bürgerversicherung für die Pflege im Oktober (Kritik an Demografiereserve; Entsparung und dann Anstieg; neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und neue Leistungen), öffentliche Veranstaltung
- ✓ Familienpflegezeit: individuelle Familienpflegeversicherung, kein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit, nur zwei Jahre, Rückzahlung durch Arbeitnehmer, vernichtende Anhörung, Video-Podcast zur Anhörung, neue Konzepte und Ideen für Quartiere
- ✓ Grüner Tag der Gesundheitsberufe im September: Altern, Professionalisierung
- ✓ Attraktivität der Pflegeberufe: Aufgabe der Träger und Tarifpartner
- ✓ Pflege-TÜV: Kritik an Instrument; Prüfung uneinheitlich und nicht sorgsam;
- ✓ CDU-Vorschlag zur Legalisierung der osteuropäischen Pflegekraft durch Amnestie: keine Lösung
- ✓ Quartierskonzepte: Förderung vor Ort; Pflegebudget, Case Management, klassische Sozialarbeit im Quartier

Aus der Diskussion:

- Pflegekammer in SH; Vorschlag einer Heilberufekammer, allerdings Änderung des Heil- und Gesundheitsberufegesetzes notwendig, einheitliche Ausbildungsverordnung, Kontrolle der freien Träger, Organisation der Kammer dauert für Akteure zu lange; juristische und institutionelle Barrieren; kritische Diskussion um Kammern bei Fachkräften – Szene muss sich einig sein. Kammerlösung bei uns nicht einhellig befürwortet.
- Quartierskonzepte NRW: zukunftsfähige Strukturen entwickeln, wer managt?, Kommunen in die Quartierssteuerung und Pflege nach Einführung der Pflegeversicherung wieder einbinden, keine Trennung von ambulant und stationärer Pflege, Änderungen der Pflegeversicherung; Quartiersstruktur für vernetzte Hilfen; generationsübergreifend; Stadtentwicklung: Quartierskonzepte als Teil der „sozialen Stadt“. Ziel: Prävention vor Profit.
- Landeswohl- und -heimgesetz und Ausbau der Pflegestützpunkte in Rheinland-Pfalz
- Nicht alle vorsorgende Maßnahmen durch Versicherung sondern Staatsaufgabe
- Veränderungen der Prüfkriterien und -anforderungen in der Pflege (MDK)
- Vielfalt an Wohn- und Pflegeangeboten (z.B. Wohngemeinschaften), flexible Strukturen in Quartieren, sonst 30 Mio. Euro für Heimneubau, zukünftig Gefahr der Zwangsvermittlung in Heime, damit ökonomische Wirtschaftlichkeit erhalten bleibt; alte Strukturen widersprechen Inklusionszielen; Heim-Begriff: Bevormundung unabhängig von der baulichen Struktur, Versorgungsprobleme aufgrund wirtschaftlicher Tragfähigkeit eher bei großen Häusern als bei innovativen kleinen Strukturen. Kontroverse: Was sind Heime? Was schafft Strukturen? Infrastrukturförderung beim betreuten Wohnen bisher nicht möglich. Neue Pflegeformen bisher nicht planbar.
- Pflegekräfte-Mangel begegnen

4. Jahresplanung 2011/12

Themen:

- Inklusion
- Krankenhausfinanzierung
- Gesundheitskarte: Fachgespräch der BT-Fraktion am 28.10. in Berlin
- Präventionsgesetz
- Gesundheit und Pflege, Psychiatrie

Sonntag 09. Oktober 2011 Beginn: 9.30 Uhr

1. Begrüßung und Mitteilungen

2).Schwerpunktthema: Rente und Alterssicherung

- Weiterführung der aktuellen Debatte und Standortbestimmung

Input: **Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB**

Statistische Zahlen:

- Zahlen zur Entwicklung der Altersarmut: Armutsquote 2009 SOEP insgesamt 14,5, Altersarmut vergleichbar
- Entwicklung der Altersarmut (auf Basis des Gesamteinkommens): bis 1999 sinkend, danach Quote und in absolut steigend, seit 2009 deutlicher steigend, Annäherung der Quoten von West und Ost, zukünftig in Ost stark steigend
- Besonders hohe Altersarmut bei alleinstehenden Frauen (jede Fünfte)
- Grundsicherung im Alter (364 Euro + Miete): 2,5%, etwa 400.000; weitaus weniger als die Altersarmut; Ursache: verdeckte Armut aufgrund niedriger Antragszahlen

Vorschlag von v.d.Leyen:

- Zuschussrente: für Renten ab 2013 aufgestockt auf 850€ ab 40 Jahre Versicherungszeit, 30 Jahre Pflichtbeitragszeiten plus Berücksichtigungszeiten für Kindererziehung bis zu 10 Jahren sowie 5 Jahre Riester oder betriebl. Alterssicherung (steigt schrittweise auf 35 Jahre an; Riesterzwang); alle „Alterseinkommen“ sollen voll angerechnet werden (Vorbild: Witwenrente); Überprüfung und Auszahlung erfolgt automatisch durch die Rentenversicherung
- Erwerbsminderungsrente: Anhebung der Zurechnungszeiten parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze
- Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten bei Rentenbezug vor der Regelaltersgrenze (max. bis zum letzten Einkommen)

Bewertung – positive Punkte (Grundidee ähnlich wie bei der Grünen Garantierente):

- Renten werden bei Eintritt in die Rente auf ein Mindestniveau aufgestockt
- Wird in das Rentensystem integriert: kein Antrag, keine Stigmatisierung, keine verdeckte Armut
- Steuerfinanziert
- Höhe entspricht in etwa der Höhe der Grünen Garantierente

Bewertung – negative Punkte:

- Hürden sind viel zu hoch, kaum positive Effekte (Schätzung: 1,1 Mio., wenige Bezieher und geringe Kosten)
- Keine Bekämpfung von Altersarmut von jetzigen RentnerInnen
- Eigene Ansprüche werden voll angerechnet: Eigenvorsorge lohnt sich nicht (Riester); ungerecht, ökonomisch problematisch, gefährdet Akzeptanz der Rentenversicherung

- Präventive Maßnahmen fehlen: Einbeziehung von Selbständigen fehlt, Anrechnung der Versicherung bei Mini-Jobs (eher Abschaffung Mini-Jobs), Mindestlohn, unterbrochene Versicherungsbiografien
- Maßnahmen zu weiteren Dimensionen von Armut fehlen: Gesundheitsversorgung, Mobilität, Wohnen etc.

Bundestagsfraktion:

- ✓ Ausführliches Gutachten erst voraussichtlich im Frühjahr
- ✓ Wahrscheinlich Fraktionsbeschluss noch im Herbst 2011
- ✓ Mehrere Veranstaltungen: Alternativer Grüner Altersdialog
- ✓ Fachgespräch Einbeziehung von Selbständigen in die GRV (FDP: Versicherungspflicht in PRV oder GRV; CDU Tendenz in GRV); Armutsrisiko bei Selbständigen höher als bei abhängig Beschäftigten
- ✓ Fachgespräch Erwerbsminderungsrente
- ✓ Fachgespräch Altersarmut und Kommunen
- ✓ Grüne Garantierente: 30 Jahre Versicherungszeit mit 30 Versicherungspunkten für alle; angerechnet Riester und GRV aber keine zusätzliche Einkommen und Vermögen
- ✓ In Diskussion: Bürgerversicherung, Riester-Rente, Anrechnung Einkommen

Diskussion

- Monetäre Beteiligung, Riester-Rente und Bürgerversicherung als Themen für eine inklusive Gesellschaft, beim sozpol. Kongress und in der BAG aufgreifen
 - Riester-Renten: Anrechnung bei Niedrigverdienern, keine Antwort in der Partei; im Wahlprogramm unterschiedliche Positionen, Umgestaltung keine Abschaffung
 - Steuerliche Grundsicherung für alle – sozial gerecht (gering Verdienern ohne ausreichenden Beitrag)?
 - Grundsicherung und Garantierente: Rente für „alle“ – Diskussion
 - Grund- bzw. Garantierente, Sockel- oder Zuschussrente:
 - Prävention und Altern: Maria und Markus als Ansprechpersonen
 - Rente mit 69 Jahren: Rente mit 67 Jahren macht 2031 Sinn; Berechnungen für 69 Jahren Unsinn
 - Auswirkungen auf die bestehende GRV: Gestaltung der Transformation, Umbau im jetzigen Rentensystem
 - Anrechnungszeiten: Fraktion 30 Jahre, was wird zugerechnet?, ALG I und II
 - Witwenrenten: abschaffen
 - Solarenergie Aachen: Rente wird nicht durch SV-Beiträge sondern durch Energiebesteuerung, Öko-Steuer nicht populär; Wertschöpfungsabgaben z.B. Kapitalmarkt
 - Grundfragen: Ist Armut zulässig? – Alte dürfen nicht arm sein (Gerechtigkeitsprämisse); Frage nach Finanzierung (Beiträge, Steuern)
 - Lohnsummenabgabe für Arbeitgeber: Beispiel Schweden
 - Schwerpunkt für nächstes Jahr und Wahlprogramm: Verbesserung für bestimmte Personengruppen, schrittweise in Richtung Grundeinkommen; Garantierente und nachhaltige Finanzierung der Rente
- **Beschluss: Debatte um Garantierente und Positionierung für soz.Kongress + Arbeitsgruppe: Wolfgang, Uwe, Fred, (anzufagen Bärbl, Maria)**

3) Instrumentenreform und die Folgen

- ggfs auch weitere aktuelle Themen zum SGB II und SGB III

Input: **Daniela Kaulhausen** (Büro Brigitte Pothmer MdB)

Instrumentenreform durch BT beschlossen, grüne Fraktion lehnte ab, Umsetzung ab 1.4.2012 für den größten Teil

Zentrale Punkte:

- ✓ Einsparungen von 8 Mrd. Euro
- ✓ Förderung auf die relativ kurzfristig Arbeitslose (creaming)
- ✓ Integration in ersten Arbeitsmarkt als Ziel; keine Unterziele definiert
- ✓ Existenzgründungszuschüsse erfolgreich, aber Einsparvolumen von 86%
- ✓ Ausschließlich Gutscheilverfahren bei beruflicher Weiterbildung, Konzentration auf gut Vermittelbare
- ✓ Kein verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt (zeitliche Befristungen und künstliche Lücken)
- ✓ Bereich Beratung: gedeckelte Trägerpauschale (150 €) wurde abgeschafft, Aufsplitterung der Beratung
- ✓ Förderung von Jugendliche für freie Förderung; Förderungswirrwarr
- ✓ Deckelung der aktiven Arbeitsmarktpolitik: 20% für Beschäftigungszuschuss und der freien Förderung
- ✓ Zertifizierung von allen Anbietern: Probleme für kleine Träger

Diskussion:

- sog. Maßnahmenketten weitaus ausgeklammert, schärfere Restriktionen
 - Vermittlungsausschuss und Bundesrat kein Einfluss, ein paar Modifikationen durch Länder
 - Grüne Alternativen: eigener Antrag der Fraktion (Dokument wird verschickt); Personalausstattung der BA, Fokussierung auf Weiterbildung, verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt, passiv-aktiv-Transfer
 - Organisatorische Hilfen für Jugendwerkstätten: Finanzierungsmix
 - Papier inklusiver Arbeitsmarkt sowie Bürgerrechte für Arbeitslose
 - Integrationsquote nach 1 Euro-Jobs: Untersuchungen des IAB; abhängig von Trägern, Konzentration im sozialen Arbeitsmarkt, 11% innerhalb der ersten sechs Monate
 - Demografie, Fachkräftemangel, Arbeitslosigkeit: Mismatch zwischen Fachkräftemarkt und Arbeitslose, spezielle Programme bei Pflege und Gesundheit aber Probleme bei Finanzierung da Länderverantwortung, Monitoring ab nächstem Jahr, Berufsberatung für Jugendliche ausbauen aber Beharrlichkeit an traditionellen Berufen bei Mädchen und Jungen, Prognosen schwierig, lebenslanges Lernen; Koordinierung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsförderung für Jugendliche (z.B. zeitliche und finanzielle Probleme)
 - Bürgerarbeit: Substitution anderer Beschäftigungsmaßnahmen, Beantragung und Besetzungen hinter den Erwartungen, Evaluation erfolgt, Programm bis 2013, neue Regierung – neues Programm
 - Sozialer Arbeitsmarkt: Rolle der Privatwirtschaft, keine Entwicklung hin zu Werkstätten, pluralistische Trägerstrukturen
 - Inklusiver Arbeitsmarkt: Überwindung aller „Sondereinrichtungen“
 - Quartiersmanagement: Übernahme von lokalen Aufgaben
- **Beschluss: Harald in Arbeitsgruppe übermittelt BAG-Ideen im Rahmen der Vorbereitungen für den Kongress**

4) Mindestlohn

- aktuelle politische Debatte

Input: **Beate Müller-Gemmeke** MdB

3.) Mindestlohn

Stichpunkte:

- ✓ Gegnerschaft gegen Mindestlohn bröckelt bei CDU und FDP wartet auf parteiinternen Bericht
- ✓ Eigener Antrag der Grünen nach britischem Modell im Bundestag
- ✓ Branchenspezifische Mindestlöhne für 4 Mio. Beschäftigte, Verhandlungen der Tarifparteien im Einzelhandel und in der Forstwirtschaft, Mindestlohn für Leiharbeitsfirmen im Januar/ Februar
- ✓ Kontrolle von Mindestlöhnen: kleine Anfrage, Forderung nach mehr Personal- und Sachmittel
- ✓ Kirchliches Arbeitsrecht im GG garantiert: Lohndumping, nur noch 30% an TVöD gekoppelt, kein Koalitionsrecht, kein AGG, Kirchen umgehen ihr eigenes Arbeitsrecht, Leiharbeitsfirmen etc.
- ✓ Differenzierung zwischen verfasster Kirche und andere wie Wohlfahrtsverbände: Verfassungsänderung, richterliche Entscheidung möglich, einzelne Gesetzesänderungen und Ausweitung (z.B. BVerfG)
- ✓ Weitere Themen: Mitbestimmung, altersgerechte Arbeit, Kontrolle der Leiharbeit hinsichtlich Drehtür-Effekte mangelhaft
- Diskussion:
 - Soziale Selbstausbeutung bei Mitarbeitern in Kirche
 - Diskussion über die Abschaffung der Tendenzbetriebe sowie Debatte notwendig
 - Mindestlohn von mindestens 7,50 € im Programm erhöhen, offensiv Forderungshöhe aktualisieren auf 8,50 €, Beratungen in unabhängiger Kommission, OECD-Studie schlägt 9,50 € vor

4. Verschiedenes

- u.a. - weitere Jahresplanung 2012 (Weiterführung vom Vortag)
- von der BDk übertragene Anträge
- Termine

Nächster Termin: 28.+29.1.2012 in Berlin in der Bundesgeschäftsstelle